

Palästina und der Atomstaat Israel

Vorweg:

Teil vom 2.6.22: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina2.pdf>

Teil vom 9.8.22 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina3.pdf>
mit Aktueller Analyse von Moshe Zuckermann

Teil vom 2.11.22 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina4.pdf>
vor dem Hintergrund der aktuellen Wahl in Israel

Teil 2 vom 2.2.23 : <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Isreal-Teil-2.pdf>

Teil 3 vom 29.3.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-3.pdf>

Teil 4 vom 7.4.23: <http://antjeundieter.de/wp-content/uploads/2015/09/Pal%C3%A4stina-und-der-Atomstaat-Israel-Teil-4.pdf>

Zur Info weitergeleitet.

Mit solidarischen Grüßen

Antje und Dieter

www.antjeundieter.de

https://t1p.de/impressum_a_und_d

<https://t1p.de/Autoren-Nach-Lesung>

<https://t1p.de/Gedicht-Neu>

<https://t1p.de/Anti-AKW-Video>

<https://t1p.de/brokdorfweisserose>

<https://t1p.de/kernfusion-neindanke>

Nachfolgend weitere Berichte als Teil 5:

.) Die Forscherinnen und Forscher von Akevot kämpfen um die unbeschönigte, aber heilsame Wahrheit von der Gründung des jüdischen Staates und über das Schicksal der Palästinenser :

<https://www.fr.de/politik/ein-institut-raeumt-mit-den-mythen-auf-92271614.html>

Ein Institut räumt mit den Mythen auf :

Leicht zu finden ist die Adresse in Haifas Hafenviertel nicht. Akevot, ein Institut, das israelisch-palästinensische Konfliktforschung betreibt, hat nicht mal ein Namensschild an der Haustür. Sicherheitshalber hat man auch kein Interesse daran, das zu ändern. Akevot möchte keinen ungebetenen Besuch aus nationalrechten Kreisen, für die die Institutsangehörigen linke „Nestbeschmutzer“ sind. Weil sie beim Stöbern in staatlichen Archiven öfters Dinge zutage fördern, die sich schlecht mit der

offiziellen Erzählung vertragen, wonach Israels Streitkräfte seit Staatsgründungszeiten die moralischsten der Welt sind.

Längst hat sich einiges als Mythos entpuppt, was sich um den israelischen Unabhängigkeitskrieg von 1948/49 rankt. Zum Beispiel, dass die Haganah, Miliz-Vorläuferin der Armee, nur zur Selbstverteidigung zu den Waffen gegriffen habe, derweil die arabische Bevölkerung von sich aus, beziehungsweise auf Drängen ihrer Militärs, das Weite gesucht habe.

Tatsächlich gehe aus Dokumenten des israelischen Militärgeheimdienstes von 1948 hervor, so Akevot-Rechercheur Adam Raz, „dass jüdische Kombattanten die Hauptursache der arabischen Vertreibung waren“. 70 Prozent der Bevölkerungsgruppe flohen demnach infolge von Militäroperationen. Nur fünf Prozent räumten das Feld auf Weisung der arabischen Führung. Den über die Jahrzehnte oft angeführten Radioaufruf, die palästinensische Bevölkerung möge das Land verlassen, um im Kampf gegen die Juden nicht im Weg zu stehen, hat es wohl nie gegeben.

Zu dieser Erkenntnis gelangte bereits Benny Morris, als Mitte der 80er-Jahre eine schrittweise Öffnung der Archive begann. Morris war einer der ersten einer neuen Generation in der Geschichtswissenschaft in Israel, die eine zu selbstgefällige Historiografie korrigierten, Sein Buch – „The Birth of the Palestinian Refugee Problem“ – setzte Standards im Nahostkonflikt. Belegt es doch anhand von Niederschriften, dass es eine bewusste ethnische Säuberung ganzer Landstriche gab, wenn auch anscheinend ohne zentralen Befehl „von ganz oben“. In einer späteren Ausgabe bekräftigte Morris die dargelegten Fakten, fügte allerdings hinzu, dass er die Vertreibung von über 700 000 Palästinenser:innen – Al-Nakba genannt – nicht für ein Kriegsverbrechen halte. Der junge Staat Israel mit kaum mehr als einer halben Million jüdischer Einwohner:innen habe keine Alternativen gehabt.

Viele von ihnen hatten selbst Grausamkeiten erlebt, waren knapp dem Holocaust entkommen und in einem Land eingetroffen, in dem sie wieder um ihre Existenz kämpfen mussten. Auch waren die arabischen Alteingesessenen nicht nur Opfer. Zum Teil hatten sich deren Männer bewaffneten Untergrundgruppen angeschlossen oder den Militäreinheiten aus fünf arabischen Staaten, die Israel, kaum dass es seinen Staat ausgerufen hatte, von allen Seiten angriffen.

Akevot knüpft an die „neuen Historiker“ an, freilich mehr aus menschenrechtlicher Warte. „Über Narrative zu reden, ist gut und schön“, meint Institutsleiter Lior Yavne, „aber es geht darum, eine informierte Debatte führen zu können.“ Und dazu gehört eben auch das Unrecht, das Palästinenser:innen

angetan wurde. So fanden sich über die Jahre mehr und mehr Hinweise, dass es keine reine Ausnahme war, wenn ganze Dörfer zerstört und deren Einwohnerschaft niedergemetzelt wurden – wie etwa in Deir Yassin am Westrand von Jerusalem, wo die Irgun, eine Abspaltung der Haganah, die bewusst terroristische Akte unternahm, weit über 100 wehrlose Menschen, darunter Frauen und Kinder, töteten. Oder wie in dem Fischerdorf Tantura, wo Frauen und Kinder fliehen durften, aber bis zu 200 Männer exekutiert wurden.

Dass dies dutzendfach – teils in kleinerem Ausmaß, aber auch unter Beteiligung der Haganah – geschah, belegen Briefe und Tagebücher damaliger Soldaten. Sie beschreiben Massenerschießungen und das Sprengen von Bauten, samt den darin eingepferchten Menschen. Ähnliche Schilderungen erreichten auch die Regierung unter Premier David Ben-Gurion. „Im November 1948 türmten sich Zeugenaussagen über Massaker, begangen von der Armee gegen Araber, auf dem Kabinettstisch“, heißt es in einem Investigativ-Report von Adam Raz, der sich auf Sitzungsprotokolle und Zeitzeugen stützt. „Ohne Zweifel“, schreibt Raz, „wusste Israels Führung in Echtzeit von den blutgetränkten Ereignissen, die mit der Eroberung arabischer Dörfer einhergingen.“

Immerhin beklagt sich da dann Haim Moshe Shapira, Minister für Gesundheit und Immigration, im Kabinett seien ja bereits „mehr als einmal“ Vorfälle zur Sprache gekommen, „die selbst in Kriegszeiten verboten sind“. Wer solche Akte begehe, müsse bestraft werden. Shapira macht sich für ein ministerielles Untersuchungskomitee stark, das auch eingesetzt wird, aber keine Befugnisse erhält. Eines der drei Komiteemitglieder beschwert sich später, offenbar wollten „Kreise in der Armee den Regierungsbeschluss sabotieren“. Shapira verweist auf einen Zeugen, bei dessen Anhörung er „vor Scham und Schande“ sein Gesicht bedeckt habe. „Wenn sich nichts ändert, untergraben wir das moralische Fundament unserer Regierung mit den eigenen Händen.“

Am Ende der Debatte erklärt Ben-Gurion das Komitee für aufgelöst, da es seine Aufgabe nicht erfüllt habe. Sein Interesse an Aufklärung bleibt begrenzt. Zumal mit dem palästinensischen Exodus sichergestellt ist, dass der junge israelische Staat eine klare jüdische Mehrheit hat.

Ben-Gurion beauftragt zwar den Generalstaatsanwalt Yaakov-Shimshon Shapira (nicht zu verwechseln mit dem zuvor genannten Minister) zu ermitteln. Die Hauptpunkte aus dem bestellten Report trägt Ben-Gurion später im Kabinett auch vor, aber verbunden mit der Mahnung, man mache es sich zu leicht, „hier am Tisch die Schuld einer kleinen Zahl an Leuten zuzuschieben, die gekämpft haben“.

Was genau in dem Schapira-Report steht, ist nicht bekannt. Die Archivare halten ihn auf Anweisung aus dem Sicherheitsapparat noch immer streng unter Verschluss. Als man vor ein paar Jahren im Staatsarchiv eine Referenz zu den Schapira-Dokumenten entdeckt habe, „wurde sofort dichtgemacht“, berichtet Akevot-Direktor Lior Yavne. „Dabei ist darin nichts, was heute noch Sicherheitsinteressen schaden kann.“ Er jedenfalls konstatiert „eine unverkennbare Tendenz, nichts rauszugeben, was dem Staat Israel unangenehm wäre, wie etwa Kriegsverbrechen“.

Mit rund 300 000 freigegebenen Dokumenten verfügt Akevot eh nur über einen Bruchteil des staatlichen Archivmaterials. Allein das Militär soll zwölf Millionen Akten hüten. Die Archive des Mossad wie auch des Inlandsgeheimdienstes Shin Beth bleiben ohnehin noch für eine Reihe von Jahren komplett verschlossen.

Das palästinensische Wissen um die Nakba beruht wiederum hauptsächlich auf mündlicher Überlieferung. Die Dokumentationen der PLO (Palestinian Liberation Organisation) hat Israel 1982 bei seinem Einmarsch nach Beirut erbeutet.

Damit der Staat rausrückt, was er weiß, stellt Akevot immer wieder neue Anträge, legt Widerspruch bei Ablehnung ein, bisweilen bis zum Obersten Gericht. „Es gibt ein Recht auf Wahrheit“, sagt Lior Yavne. „Sie kann Juden und Arabern letztlich nutzen.“ Weil es ohne sie keine Aussöhnung geben kann.

.) **Das Palästina Portal** <https://www.palaestina-portal.eu/>

Israelis und Palästinenser bei einem gemeinsamen Gedenkgottesdienst für die Opfer des Konflikts am Montag, 24. April 2023, in Tel Aviv.

Von der Rache zum Frieden: Tausende nehmen an gemeinsamer israelisch-palästinensischer Gedenkfeier für die Opfer des Konflikts teil

Etwa 200 Palästinenser nehmen an der Zeremonie in Tel Aviv teil, nachdem Israels oberstes Gericht den Staat angewiesen hat, ihnen eine Einreisegenehmigung zu erteilen; eine Handvoll rechter Aktivisten demonstrierte vor der Veranstaltung.

.) **Gazakonflikt: Amnesty gibt allein Israel die Schuld** : [Gazakonflikt: Amnesty gibt allein Israel die Schuld | Jüdische Allgemeine \(juedische-allgemeine.de\)](https://www.juedische-allgemeine.de/)

Die Menschenrechtsorganisation hat ihren Apartheid-Vorwurf gegen Israel erneuert und dem jüdischen Staat die Alleinschuld am aktuellen Konflikt gegeben.

Die Menschenrechtsorganisation hat ihren Apartheid-Vorwurf gegen Israel erneuert und dem jüdischen Staat die Alleinschuld am aktuellen Konflikt gegeben.

.) NAKBA ohne Ende :

<https://www.jungewelt.de/artikel/450680.nahostkonflikt-nakba-ohne-ende.html> Zu der ohnehin verzweifelten Lage in Gaza kommt das brutale Vorgehen der israelischen Armee (Beit Hanun, 12.5.2023)

Die israelische Luftwaffe bombardiert einmal mehr Gaza. Seit Beginn der israelischen Angriffe am Dienstag seien 33 Menschen gestorben, wie das Gesundheitsministerium in Gaza am Freitag mitteilte. Auslöser der jüngsten Eskalation war der Tod Khader Adnans, eines Mitglieds des »Islamischen Dschihad«. Er war in der vergangenen Woche nach 87 Tagen Hungerstreik in israelischer Haft gestorben, nachdem die Behörden sich geweigert hatten, ihn in eine Klinik zu verlegen. Als dann in der Nacht auf Dienstag auch noch mehrere Dschihad-Führer von der israelischen Armee liquidiert wurden, als sie nach Kairo zu Verhandlungen reisen wollten, brach sich die Verzweiflung Bahn. Nun muss Raketenbeschuss aus Gaza erneut als Rechtfertigung für die israelischen Angriffe herhalten.

Unterdessen bereiten sich die Israelis auf das 75. Jubiläum der Gründung ihres Staates am Sonntag vor. Am 14. Mai 1948 hatte David Ben Gurion, der zum ersten israelischen Premierminister wurde, in Tel Aviv die israelische Unabhängigkeitserklärung verlesen. Am selben Tag endete das britische Mandat über Palästina, und in der darauffolgenden Nacht marschierten die Truppen mehrerer arabischer Staaten gegen den neugegründeten Staat.

Einen Monat vor der Staatsgründung hatten jüdische Milizen am 9. April 1948 das [Massaker von Deir Jassin](#) begangen, bei dem 107 palästinensische Bewohner des nahe Jerusalem gelegenen Dorfes getötet wurden. Kurz darauf wurde das Dorf von Israelis neu besiedelt. Heute ist es Teil der orthodoxen Siedlung Givat Shaul. Nach Ansicht des israelischen Historikers Ilan Pappé war das Massaker Teil einer geplanten ethnischen »Säuberung« Palästinas von der arabischen Bevölkerung. Kommandeur des Massakers war der spätere israelische Ministerpräsident Menachem Begin, der die brutale Gewalt der von ihm befehligten Milizen später verteidigte und auch deren zentrale Bedeutung für die Staatsgründung herausstellte: »Das Massaker von Deir Jassin hatte nicht nur seine Berechtigung – ohne den ›Sieg‹ von Deir Jassin hätte es auch niemals einen Staat Israel gegeben«, so Begin, der 1979 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Der damals gestarteten Vertreibungswelle wird auch heute noch als »Nakba« gedacht, arabisch für »Katastrophe«. An diesem Wochenende waren in Berlin daher mehrere Gedenkveranstaltungen geplant, [die von der Berliner Polizei jedoch verboten wurden](#).

Die aktuelle Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu gilt als die rechteste in der Geschichte des Landes. Das stellt sie gerade auch in ihrem Vorgehen gegen Gaza unter Beweis. Finanzminister Bezalel Smotrich bezeichnet sich selbst als »Faschisten« und forderte im Zuge der Angriffe auf die palästinensische

Kleinstadt Huwara im März, das israelische Militär solle »palästinensische Städte mit Helikoptern und Panzern angreifen«. Der ultrarechte Polizeiminister Itamar Ben-Gvir wurde in der Vergangenheit mehrfach wegen verschiedenster Delikte angeklagt und etwa wegen rassistischer Hetze und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Die von der Regierung geplante »Justizreform«, gegen die es seit Monaten eine Protestwelle von Israelis gibt, wird das Oberste Gericht entmachten und so faktisch die Gewaltenteilung abschaffen. Mehrere ehemalige hochrangige israelische Geheimdienstmitarbeiter warnten daher vor kurzem, Israel befinde sich auf dem Weg in eine »Diktatur«.

.) Explaining Transfer: Zionistisches Denken und der Ursprung des palästinensischen Flüchtlingsproblems :

<https://www.mena-watch.com/zionistisches-denken-und-bevoelkerungstransfer/>

Zu keinem Zeitpunkt wurde die Denkfigur eines Bevölkerungstransfers zur politischen Richtlinie der Zionisten, sondern blieb stets ein unsystematischer, rudimentärer Wunsch, sich auf dem Gebiet des jüdischen Staates von der feindseligen, bedrohlichen arabischen Bevölkerung zu befreien.

Das palästinensische Flüchtlingsproblem entstammt dem ersten israelisch-arabischen Krieg von 1948. Ebenso wenig, wie es das Ergebnis eines vorsätzlichen Masterplans war, resultierte es aus einer staatlichen Grundsatzentscheidung oder aus pauschaler, systematischer Implementierung einer Politik der Vertreibung. Die überwältigende Mehrheit der 700.000 Araber, die ihr Zuhause verließen, flüchteten aufgrund der sich ankündigenden oder bereits stattfindenden kriegerischen Handlungen. Die meisten zogen in andere Regionen Palästinas (und waren damit im eigentlichen Sinn keine Flüchtlinge), die Minderheit, 300.000 von ihnen, ließ sich im Libanon, in Syrien oder Transjordanien nieder. Sie flohen, weil die Kampfhandlungen ihre Städte und Dörfer erreichten, oder in Befürchtung dessen. Viele waren getrieben von den ökonomischen Entbehrungen des Krieges – Arbeitslosigkeit, steigende Preise, Mangel an Lebensmitteln oder Treibstoff. Einige gingen auf Drängen oder gar Befehl ihrer lokalen (militärischen und politischen) Anführer – aus militärischen oder politischen Gründen. Für viele waren mehrere Gründe ausschlaggebend. Und einige wurden von den anrückenden israelischen Truppen vertrieben, in erster Linie aufgrund militärischer Erwägungen.